

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 8 Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke
- 10 UNILEVER - ein Konzern stellt sich vor
- 12 Vietnam hat gesiegt
- 13 Kambodscha: Triumph der indonesischen Revolution
- 14 Portugal: Welcher Sozialismus?
- 18 ÖH-Wahlen - Alles beim Alten

30 Jahre Befreiung Österreichs - 30 Jahre unbewältigte Vergangenheit

In den letzten Monaten gaben eine Reihe Jahrestage Anlaß für offizielle Feierlichkeiten, bei denen die österreichischen Politiker sich wieder einmal ordentlich auf die Schulter klopfen. Diese Feierlichkeiten waren für einen kleinen Kreis bestimmt und der

Öffentlichkeit nur durch Meldungen in den Medien bekannt.

Auch an uns sind diese Ereignisse ziemlich unbeachtet vorbeigegangen. Dies, obwohl die Befreiung Österreichs und der Abschluß des Staats-

vertrages, sowie die Zeit vorher, wesentlich für die jetzige politische Atmosphäre in Österreich sind.

Wir wollen bzw. wenden uns mit politischer Agitation und Propaganda an die österreichische Bevölkerung, an die Arbeiterklasse Österreichs. Daher ist es für uns wichtig zu wissen, wodurch diese Arbeiterklasse geprägt wurde, welche Lern- und Aufklärungsprozesse sie hinter sich hat und welche Vorurteile zu bekämpfen sind. Hier nützt es nichts ins Ausland zu schauen und Methoden anzuwenden, die dort aufgrund anderer Voraussetzungen möglich und richtig erscheinen. Es wäre daher falsch nicht nach entsprechenden Formen zu suchen, und sich nicht die Geschichte der letzten 50 Jahre wieder in Erinnerung zu rufen.

Eindrücke vom 1. Mai 1975

Viele Plakate kündigten den 1. Mai heuer an: "Es leben...", "Vorwärts...", Hammer und Sichel, geballte Faust, Worte, Symbole einer ehrwürdigen Tradition, und dennoch, wenn das Wetter halbwegs mitmacht - was heuer der Fall war - ist die Ringstraße in Wien von morgens bis nachmittags von Zehntausenden bevölkert. Es sind durchaus nicht nur Schaulustige. Die Sozialdemokratie strömte in

ansehnlichen Massen zu Hauf', mit Blaskapellen, in Uniformen der Staats- und Gemeindebediensteten, in Trachten und in Zivil. Eine große Eins symbolisierte nicht nur den 1. Mai, sondern die (SPÖ) Liste 1 bei den Nationalratswahlen im Herbst. Ein Zusammenklang, wie Bernstein sich ihn nicht schöner zu träumen ge-

Seite 2 



Von einem großen Vielvölkerstaat war Österreich als Kleinstaat übrig geblieben. Wirtschaftlich nicht darauf ausgerichtet allein zu bestehen, von vielen als nicht lebensfähig angesehen, lehnte sich dieser Kleinstaat an den großen Nachbarn Deutschland an und wollte sich diesem anschließen. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben und die Weltwirtschaftslage nach dem Ersten Weltkrieg, führten zu Klassenkämpfen. Das Nichterkennen dieser Schwierigkeiten, das Versagen der sozialdemokratischen Führung ermöglichte den Sieg des Faschis-

Seite 4 

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

offensiv links

OFFENSIV, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

LINKS, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5, -
Abonnement: S 50, - jährlich

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien



Fortsetzung von Seite 1

Eindrücke vom 1. Mai 1975

wagt hätte. Die Ehrentribüne steht zwar vor dem Rathaus, wo die Sozialdemokratie seit den Tagen des roten Wien vielmehr als die absolute Mehrheit hat. Aber das Parlament ist gleich rechter Hand, und außerdem wäre nur der Heldenplatz noch geeigneter für eine solche Massenkundgebung. (Dort aber wurde einst Hitler von Hunderttausenden Wienern begeistert gefeiert...). Man überläßt die pseudoantike Fassade des Parlaments der KPÖ, die seit ihrem Ausscheiden aus dem Nationalrat umso traditionsbewußter mit ihren von Jahr zu Jahr lichter und schütterer werdenden Kolonnen dorthinstrebt, wo der politische Pfeffer wächst. Alte Leute, die Jugend reicht nicht einmal zum Aufputz, schüchterne Gesänge, und überall, in allen Variationen die eine, die zentrale Losung: "Kommunisten ins Parlament!" (Was gibt es auch Erstrebenswerteres?)

Heuer zum zweiten Mal seit der Zeit ihrer Lostrennung von der KPÖ marschierten die Gewerkschaftliche Einheit und die FÖJ – Bewegung für Sozialismus gemeinsam mit anderen

linken Gruppen: die AUF (Aktion Unabhängiger Frauen) ist dabei, die drei V-Organisationen (VSM/VMA/VMS) und die GRM, hinter der, ganz zum Schluß, noch als ewiges Fatum aller Trotzlisten die anderen, die "wahren" Trotzlisten ihr Transparent von der Schonwiederernewerung der "IV. Internationale" hochhalten. (Sie heißen ÖBL: Österreichische Bolschewiki/Leninisten!). Der Zug ist dicht zusammengedrängt, man ist zeitlicher daran, als erwartet, die KPÖ wird mit ihrem Aufmarsch jetzt bereits um eine ganze halbe Stunde früher fertig als in den vergangenen Jahren. Da die Route aber die gleiche ist, muß die Spitze immer wieder die Schritte verlangsamen, um nicht in die Schlußkundgebung der KPÖ hineinzuplatzen. Hinten wiederum drängt die Polizei auf Weitermarsch, denn beim Maria-Theresien-Denkmal gegenüber dem Heldenort, sammeln sich bereits die "Maoisten" zum Abmarsch in die entgegengesetzte Richtung: KB, MLS, VRA unter einer Minitribüne, auf der die Ahnengalerie prangt: Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao. Bis hierher genügte zur innerlinken Verständigung die



Losung "Hoch die internationale Solidarität!". Entlang des KPÖ-Spalliers, wird akzentuiert: "Sozialismus ist Arbeitermacht plus Demokratie!" Die Gleichung, so simpel sie aufgemacht ist, scheint ihre Wirkung nicht zu verfehlen, denn ein Lautsprecherwagen der Gegengenossen schaltet sich ein und spielt eine eigene Weise. Ob die Gedanken der Zuschauer dadurch wieder ins rechte Lot gebracht worden sind? Da marschierten also diese "Revisionisten" und "Rechtsopportunisten", "eine Handvoll", "nicht der Rede wert" hat es immer geheißen, und nun diese Hunderte junger Leute mit roten Fahnen und Transparenten, an denen schwerlich was auszusetzen sein dürfte: "Für kämpferische Gewerkschaften", "Schluß mit der Sozialpartnerschaft", "Gegen Multinationale - Internationalen Klassenkampf", "Hoch der Sieg des vietnamesischen Volkes". (Dieses Transparent war vor vielen Jahren angefertigt worden: nach den Farben der FNL mit dem Text "Für den Sieg des vietnamesischen Volkes". Es wurde auch für den heurigen 1. Mai, fast schon routinemäßig hervorgeholt, und erst einen Tag vorher bei der nochmaligen Sichtung der Transparente auf den aktuellen Stand gebracht. Aus "Für den" wurde "Hoch der".) Der Lautsprecherwagen vorn gab Aufklärung darüber, was diese Demonstration, von der Tradition des 1. Mai abgesehen, eigentlich bezwecken: Schluß mit den Parteiaufmärschen, für einen einheitlichen, von den Gewerkschaften organisierten 1. Mai. Ein ganz wenig vielleicht war die Forderung bereits realisiert: auch einige linke Sozialdemokraten hatten sich an die Spitze des Zuges gestellt. In den Schlußansprachen wurde auf die neue Situation hingewiesen, die einerseits in Österreich wie auch weltweit von der zunehmenden Krise des kapitalistischen Systems, von ihren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und Löhne geprägt ist, andererseits aber auch im Zeichen einer weltweiten Zurückdrängung des Imperialismus steht. Wenn man dabei an Kambodscha und Vietnam, an Portugal dachte, waren die Zeilen der Internationale, die das Menschenrecht erkämpft, von neuem, aktuellem Inhalt erfüllt.

Z. ★



Die Hausbesetzer mit ihren Forderungen



Der Zug zieht am Parlament vorbei



Für Nachwuchs ist gesorgt

Fortsetzung von Seite 1

30 Jahre Befreiung Österreichs – 30 Jahre unbewältigte Vergangenheit

mus. Darauf folgte der fast kampflose Anschluß an Hitlerdeutschland.

Anfällig für die Ideologie und die Stärke der Nationalsozialisten, die frühere Macht verhiess, war gerade in Österreich, im Verhältnis zu Deutschland, die Zahl der NSDAP-Mitglieder besonders hoch. Es gibt daher kaum einen Österreicher, in dessen Familie nicht wenigstens einer NSDAP-Mitglied war.

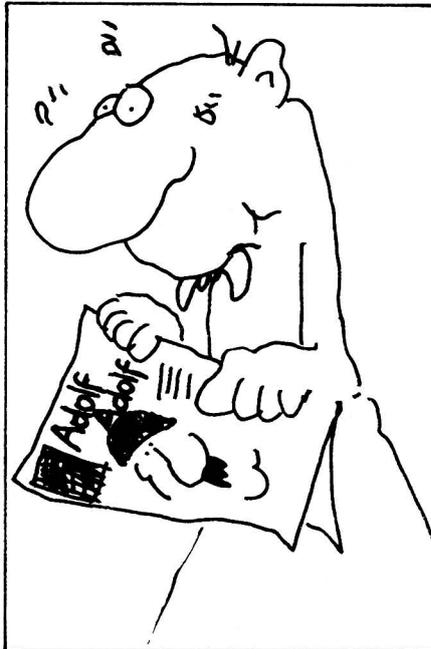
Vor 30 Jahren nun wurde Österreich von außen befreit, ohne daß in Österreich eine, von der Mehrheit der Bevölkerung getragene, Bewegung des Freiheitskampfes, wie auch vorher keine derartige Bewegung des Widerstandes, dazu beitrug. Die widerspruchsvolle innere Entwicklung, schwankend zwischen den Vorteilen des Teilhabens an der Kriegsbeute und der Abneigung gegen die Deutschen, die den Wunsch nach nationaler Befreiung bei der Bevölkerung weckte, ließ vor allem die Rote Armee eher als unerwünschte Eindringlinge denn als Befreier erscheinen.

Ohne besondere innere Anteilnahme und wesentliche Veränderung der Geisteshaltung der Mehrzahl der Bevölkerung, ging das annektierte Österreich in die Republik Österreich über. Zurückkehrende Soldaten und Inhaftierte brachten unterschiedliche Informationen. Sicherheitshalber hat von den beteiligten Östreichern keiner von den Greueln etwas gewußt, noch daran teilgenommen. Österreich war das anerkannte erste Opfer.

Die Generationen, die diese Zeit erlebt haben, ohne noch selbst politisch eingreifen zu können, und jene die erst nachher geboren wurden, die aber jetzt Politik machen und machen werden, sowie jene die unsere Adressaten sind, tragen jedoch bewußt und unbewußt Spuren jener Zeit in sich.

Im Unterschied zu anderen Ländern, wo aufgrund der Befreiungskämpfe auch eine Auseinandersetzung mit den Faschisten der eigenen Bevölkerung erfolgte, Politiker und Militärs angegriffen, eingesperrt und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlos-

sen wurden, ist dies in Österreich kaum der Fall gewesen. Läßt doch auch der bekannte Ausspruch Raabs "Österreich ist wieder frei" nach dem Abschluß des Staatsvertrages eher darauf schließen, daß sich Österreich von 1945–1955 besetzt fühlte, jedoch nicht von 1938–1945. Dementsprechend findet auch jetzt kaum jemand etwas daran in Österreich, wenn SP-Minister und -Politiker sich von ihrer Nazi-Vergangenheit nicht distanzieren, sondern womöglich noch stolz darauf sind und sich damit brüsten.



Es kann nicht übersehen werden, daß diejenigen, die unter der Nazi-Zeit in die Schule gegangen sind und jene die von diesen erzogen wurden, in ihrem politischen Denken durch nazistisches Gedankengut geprägt sind. Liest man die Erklärungen zu den geschichtlichen Ereignissen, so verwundert immer wieder, daß 30 Jahre Republik Österreich, 30 Jahre Friede im Vordergrund stehen, und davon gesprochen wird, daß der wesentliche Irrtum, das Nichtanerkennen der eigenen Nationalität überwunden sei und somit alles in Ordnung wäre. Das dies nicht der Fall ist zeigt die Minderheitenfrage und die Reaktionen auf den Angriffe des Nachbarn Jugoslawiens wegen des Artikels 7 des Staatsvertrages. Die politischen Erkenntnisse der in den Konzentrationslagern zusammengekommenen

bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker wurden nach Kriegsende rasch vergessen. Haben in den KZs die Bürgerlichen noch zugegeben, daß das kapitalistische System am Untergang im Faschismus schuld war und dieser politische Weg nicht mehr beschritten werden sollte, wurden nach dem Wahlsieg der ÖVP bei den ersten Wahlen, die guten Vorsätze sehr schnell vergessen.

Das sozialdemokratische Handeln gipfelte, nach vielen wenn und aber, in folgendem Satz: Um eine Wiederholung der Klassenausendsetzung wie in der Ersten Republik und den Faschismus zu verhindern, müsse man nur den Klassenbegriff aufheben, Klassenkämpfe als nicht gegeben erklären. Die "schlaue Lösung", dem Gegner weiszumachen und es dann selbst zu glauben, daß man als Klasse gar nicht vorhanden sei, hebt nicht die Klassengegensätze auf.

Jeder, der eine Änderung des politischen Geschehens in Österreich anstrebt, muß sich also mit diesem Phänomen auseinandersetzen, und gegen das Verschweigen und das Nichtinfragestellen der österreichischen Vergangenheit ankämpfen. Wie notwendig dies ist, wurde zur Genüge durch die Feierlichkeiten im stillen Kämmerlein, so wie man sich einer lästigen Pflicht entledigt, dokumentiert. Daß es Möglichkeiten gibt, dagegen anzukämpfen hat die Staatsvertragsfeier der Slowenen in Bleiburg, an der ca. 2000 teilnahmen, gezeigt.

Wird dies nicht getan, kann gegen den latent in der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung vorhandenen Faschismus alter und neuer Prägung kaum etwas wirksames unternommen werden. Gerade als Vorbereitung auf die Auseinandersetzungen in der Krise sollte diese Frage aufgearbeitet werden.

Ohne den Versuch einer Bewußtseinsänderung innerhalb der Arbeiterklasse, wird der Weg freigegeben, wie es die Geschichte schon gezeigt hat, bei Klassenausendsetzungen den Ausweg im Faschismus zu suchen und nicht den Weg zum Sozialismus zu gehen. Denn nicht jeder Klassenkampf bedeutet automatisch eine Weichenstellung zum Sozialismus.

O. M. ★

Peinliche Fragen an Gratz

Entrüstungstürme löste eine Wiener Parlamentsdelegation aus, die 1974 zum Studium von Unterrichtsfragen nach Holland reiste. Für die Niederländer, auf deren Boden die Hitlersche SS unvergeßlich gewütet hat, war es pure Provokation, daß dieser Delegation der frühere SS-Obersturmführer und nunmehrige FPÖ-Chef Friedrich Peter angehörte. Also setzten sie mit Recht Affront gegen Affront: die Widerstandsorganisation protestierte gegen die Anwesenheit der Österrei-

cher; Zeitungen und Fernsehen ereiferten sich über soviel Taktlosigkeit der Kreisky-Regierung; und der Unterrichtsausschuß des holländischen Parlaments fand keine Zeit, die Wiener Abgeordneten zu empfangen. "Einen derartigen Skandal haben wir noch nie erlebt", mußte der österreichische Botschafter Johannes Co-reth zugeben.

Auch eine Pressekonferenz des Wiener Unterrichtsministers Leo-

pold Gratz im Haag vermochte die Situation nicht mehr zu retten. Ganz im Gegenteil, sie goß noch zusätzliches Öl ins Feuer. Wir veröffentlichen nachfolgend einen Auszug der Gratz-Pressekonferenz, von der in Österreich begreiflicherweise nur wenig bekannt wurde. Man stoße sich nicht an dem Alter dieser Nachricht, über die Pressekonferenz, sie hätte genausogut gestern geschehen können und dient nur als Illustration für unsere Behauptungen.

"de Telegraaf" (Hans Knoop):

"Herr Minister, Simon Wiesenthal wirft Österreich vor, daß es die Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher vernachlässigt."

Gratz: "... Ich möchte offen zugeben, die Beschwerden sind berechtigt. Und ich zögere nicht zu sagen, daß die Strafen auch meiner persönlichen Meinung nach nicht streng genug sind... In zwei Fällen hat der Oberste Gerichtshof eingegriffen und einen Freispruch aufgehoben."

"de Telegraaf": "Stimmt es, daß gleich mehrere Mitglieder der österreichischen Bundesregierung in der Vergangenheit Nazis waren?"

Gratz: "Es gibt kein Mitglied der Bundesregierung, das einstens der NSDAP angehört hat. Allerdings haben zwei Regierungsmitglieder einer sogenannten Zweigorganisation der NSDAP angehört."

"Elsevier"(Jules Huf): "Darf ich Sie korrigieren, Herr Minister? Nach meinen Aufzeichnungen haben von den 15 Wiener Regierungsmitgliedern gleich 5 eine nazistische Vergangenheit - 4 waren Mitglieder der NSDAP. Darf ich Ihnen diese Namen mit den Mitgliedsnummern verlesen: der Landwirtschaftsminister Oskar Weihs ist am 1. August 1932 in die Nazi-Partei eingetreten und hat die Mitgliedsnummer 1.089.867 bekommen (er ist 1934 ausgetreten und hat am 23. Mai 1938 neuerlich um Aufnahme nach-

gesucht...); der Innenminister Otto Rösch ist nach dem Anschluß Österreichs in die NSDAP eingetreten und hat die Mitgliedsnummer 8.595.796; der Bautenminister Josef Moser am 1. Mai 1938, Mitgliedsnummer 6.269.837; und der Benjamin unter diesen Herren, der Verkehrsminister Erwin Frühbauer, ist am 20. April 1944 - als andere Nazis schon eine jüdische Großmutter suchten - zur Partei gegangen, Mitgliedsnummer 10.035.793. Sie selbst waren nicht Mitglied der NSDAP, weil sie zu jung waren. Sie haben nur eine nationalpolitische Erziehungsanstalt - vergleichbar etwa den Kadernschulen Moskaus - besucht... Dies alles nur zu Ihrer Information. Sie haben von zwei gesprochen. Es waren vier."

Gratz: "Ich kann nur sagen: ich habe Ihre Dossiers nicht. Wenn Sie das in Wien wiederholen, können wir es verifizieren."

"Elsevier": "Was heißt wiederholen? Ich werde es Ihnen geben."

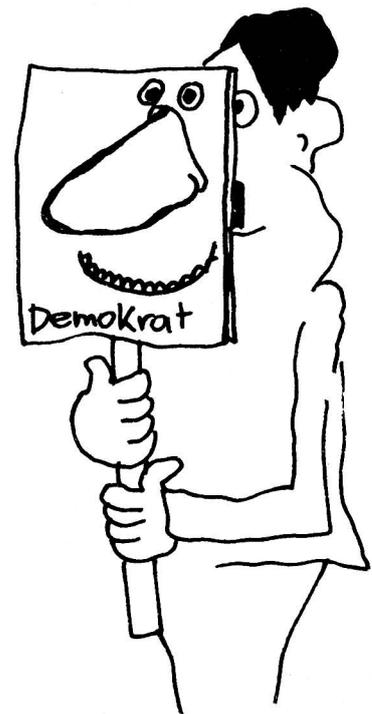
Gratz: "Bitte!"

"NCR-Handelsblad" (van der Meulen): "Was sagen Sie heute über die vorjährigen Proteste gegen die Ernennung des Landwirtschaftsministers Öhlinger?" (Anmerkung der Redaktion: Öhlinger entpuppte sich nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 1970 als seinerzeitiger SS-Mann und mußte anschließend "aus Gesundheitsgründen" demissionieren.)

Gratz: "Wir verstehen, daß alle, die einstens unter dem Nazi-Regime gelitten haben, gegen diese Nominierung protestieren..."

"het parool": "Sehen Sie ein, daß es nicht klug war, einen alten SS-Obersturmführer in der Unterrichtsdelegation nach Holland mitzunehmen?"

Gratz: "Ich glaube hier muß man konsequent sein. Wenn jemand keine Kriegsverbrechen begangen hat, wenn jemand 25 Jahre lang durch Reden und Taten gezeigt hat, daß er sich zu einem Demokraten verändert hat, dann darf er



in der österreichischen Innenpolitik jede Funktion bekleiden. Dann ist es aber auch für den österreichischen Staat und für einen Minister ausgeschlossen, zu sagen: Dieser Mann kann in Österreich alles werden – auch Parlamentarier, auch Vorsitzender der zweiten Oppositionspartei –, aber in ein bestimmtes Land kann er nicht fahren. "

"het parool": "Aber könnte man nicht auch sagen, daß die begreifliche holländische Empfindlichkeit berücksichtigt werden muß?"

Gratz: "Man könnte es sagen".

"het parool": "Aber Sie sagen es nicht."

Gratz: "Ich selber nicht. "

"de Telegraaf": "Die Waffen-SS ist in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt worden.

Können Sie sich die Erregung in Holland vorstellen, wenn ein Mitglied dieser Waffen-SS – Stangl und Mengele waren auch bei der Waffen-SS – in einer offiziellen österreichischen Delegation hierher kommt?"

Gratz: "Das kann ich mir nicht nur vorstellen: ich kann die Reaktion durchaus verstehen nach all dem Schrecklichen, das dieses Land durchmachen mußte. Ich wäre der letzte, der sagen würde: Ich weise die Proteste von mir. "

"Elsevier": "Finden Sie es richtig, daß 25 Jahre nach Kriegsende in einem befreiten Land – Österreich ist befreit, Deutschland besiegt und besetzt – fast ein Drittel der Regierungsmitglieder ehemalige Nazis sind? Österreich hat unter den Nazis sehr gelitten. Es hat 200.000 oder 300.000 Menschen

verloren. Die Konzentrationslager waren gefüllt mit österreichischen Sozialdemokraten. Warum also, ich wiederhole, müssen heute in der SPÖ-Regierung unbedingt vier alte Nazis sitzen, die sich auf die andere Seite schlugen, als ihr Land in Todesnot war?"

Gratz: "Ihre Frage: Müssen vier oder fünf dabei sein, ist vollkommen richtig. Sie müssen nicht dabei sein. "

"Elevier": "Aber sie sind. "

Gratz: "Wir haben 1970 versucht, die sachlich besten Leute zu finden. Echte Fachleute. "

"Elsevier": "Hat das Ministeramt nicht auch etwas mit Würde zu tun? Ist es nicht primär eine Sache der Würdigkeit?"

Gratz: "O ja. "



Für internationalen Klassenkampf

Die Gewerkschaftliche Einheit und die FÖJ – Bewegung für Sozialismus haben am 29. April 1975 eine Mai-Veranstaltung im Festsaal des ÖGB-Gebäudes in der Treitlstraße durchgeführt, an der rund 300 Genossen teilnahmen. Den politischen Teil des Abends bildete das Thema "Gegen multinationale Konzerne – den internationalen Klassenkampf". Als Redner eingeladen waren Genossen von der PSU (Partei der Sozialistischen Einheit) aus Frankreich, sowie der Betriebsratsobmann der Fa. Küppersbusch (Köln), Willi Scherer, Mitglied des Sozialistischen Büros (BRD). Den künstlerischen Teil der Veranstaltung bestritt Topsy Küppers mit Georg Kreisler als Klavierbegleiter und ihrem gemeinsamen Programm anlässlich des Jahrs der Frau: "Machen Sie sich stark, Madame!" Der gleichnamige Schlußgesang, der sich förmlich zu einem mitreißenden Marsch steigerte und einige besonders eindrucksvolle Lieder (von der Ehe, von der Serviererin) ließen den anfangs aufkommenden Eindruck vergessen, es handle sich da um ein gutbürgerliches Kabarettstück mit allen Vorzügen und Nachteilen dabei.

Im folgenden drucken wir einen Teil der politischen Ausführungen des Genossen Willi Scherer ab.

In meiner Heimatstadt Gelsenkirchen findet am 1. Mai die zentrale Maifeier des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Auf einer großen Kundgebung wird der Bundeskanzler Schmidt und der Vorsitzende des DGB Oskar Vetter sprechen.

Diese beiden SPD-Politiker sprechen in einer Zeit, in der in der BRD 1,2 Millionen Arbeitslose gezählt werden und über 800.000 Arbeiter

und Angestellte Kurzarbeit machen müssen. Sie sprechen in einer Zeit in der die Bauindustrie, die Textilindustrie Teile der Elektroindustrie von Krisen geschüttelt werden, die Autoindustrie bereits über 60.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert hat. Und Deutschlands Paradestück, der VW-Konzern weitere 25.000 Arbeitsplätze vernichtet. 10.000 Familien, in den Städten Emden, Salzgitter, Wolfsburg und Nekarsulm

sowie viele kleine Zulieferbetriebe, werden in Existenznot geraten.

Auf der anderen Seite gibt es Industriezweige die Vollbeschäftigung haben, wie die Stahlindustrie, der Bergbau, die Werften... Die Chemiegiganten melden Rekordumsätze... Die Großbanken haben im Krisenjahr 1974 das beste Geschäft in der Nachkriegszeit in der BRD gemacht. Die deutsche Bank verdoppelte ihren Gewinn – die Sparer verloren 40 Milliarden.

Die Entwicklung des Kapitalismus verläuft widersprüchlich und ungleichmäßig. Lange Zeit wurde die landläufige Meinung vertreten, daß es gelungen sei, den Kapitalismus zu überwinden. Die Propagandisten des Kapitalismus haben der westdeutschen Industriegesellschaft den Namen Wohlstandsgesellschaft gegeben. Sie haben so oft wie sie konnten von einem Wirtschaftswunder gesprochen.

Die Masse der westdeutschen Arbeiter und Angestellten, die in dieses schöne Österreich auf Urlaub gefahren sind oder nach Italien oder mit dem Flugzeug nach Spanien, hat

hart gearbeitet: 10 Stunden täglich, Überstunden über Überstunden. Die Masse hat ihr schwerverientes Geld in die Kaufhäuser gebracht und Waren und Güter aller Art erworben. Sie haben all zu oft Dinge gekauft die nicht einmal notwendig waren. Sie haben gekauft und das Geld ist zurückgeflossen in die Kassen der Großen Konzerne und Warenhäuser. Die wiederum neue und noch schönere Waren hergestellt haben, die dann von raffinierten Verkaufsstrategen der breiten Masse als notwendig angepriesen wurden.

Die westdeutsche Bevölkerung hat hart gearbeitet, aber sich sehr wenig um Politik gekümmert. Sie nahm die Vollbeschäftigung als gegeben und sie registrierte den wachsenden Strom ausländischer Arbeitskräfte. Die inflationäre Entwicklung, Währungsprobleme, die Aufwertungen der DM, Exportschwierigkeiten sind unbemerkt geblieben.

Die Prosperität des westdeutschen Kapitalismus wurde, in den Krisen-jahren 1966/67, zum ersten Male unterbrochen. In dieser Zeit hatten wir nach einer Reihe von Jahren 600.000 Arbeitslose. Die 600.000 Arbeitslosen haben unter anderem dazu geführt, daß der Vater des Wirtschaftswunders Prof. Erhard als Bundeskanzler zurücktreten mußte und damit wurde die CDU-Herrschaft abgelöst.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es eine große Koalition. Eine Regierung gebildet von SPD und CDU. Es gab jenes seltsames Gespann in der

Regierung, den Wirtschaftsminister Schiller (SPD) und den Finanzminister Strauß von der CSU.

Am 1. Mai 1975 haben wir eine Wirtschaftskrise, die in all ihren Auswirkungen härter ist als die erste spürbare Krise 1966/67. Es gibt Massenentlassungen, Betriebsstillegungen. Die Angst um den Arbeitsplatz ist eingezogen. Die Unternehmer versuchen die Lohn- und Sozialleistungen abzubauen. Diese Krise trifft die arbeitende Bevölkerung völlig unvorbereitet und äußerst hart.

Die Masse der arbeitenden Bevölkerung ist verwirrt, denn sie hatte von der SPD eine andere Politik erwartet, die Masse kann nicht verstehen, daß gerade unter einer SPD-Regierung Millionen Arbeitslose gemeldet sind.

Für die große Masse sind die ökonomischen Ursachen und die Tragweite dieser Krise nicht erklärbar. Sie suchen die Schuld bei den schlechten Machern in der Regierung oder bei den Ölscheichs. Daher ist das Verhalten der Arbeiter zunächst noch sehr unterschiedlich. Nur in einzelnen Fällen beginnen die Arbeiter gegen Betriebsstillegungen zu kämpfen, es gibt erste große Protestdemonstrationen.

Die meisten Arbeiter glauben, daß diese Krise nur vorübergehend und der Spuk bald verschwunden sein wird... Es lohnt sich nicht den Arbeitsplatz aufs Spiel zu setzen. Sie nehmen ein verschärftes Arbeitstempo Inkauf, die Arbeit wird besser gemacht, die Krankenquoten sinken... Die Arbeiter haben es ohne

große Proteste hingenommen, daß die Tarifabschlüsse in allen Industriezweigen so außerordentlich niedrig waren. Sie haben es getan, weil ihnen die SPD und die Gewerkschaftsfritzen gesagt haben, das hohe Lohnforderungen eine Gefahr für die Wirtschaft sind. SPD-Politiker bis zum Bundeskanzler haben in seltener Offenheit gesagt, daß die Unternehmer Gewinne machen müssen, damit die Investitionsneigung wieder zunimmt.

Ich möchte kurz auf die von der SPD gemachte Wirtschaftspolitik eingehen, denn diese Wirtschaftspolitik ist ein klassisches Lehrstück für Kapitalismus.

Im Verein mit der Bundesbank, hat auf dem Höhepunkt der Konjunktur die Regierung drastisch die Zinsen erhöht, eine Hochzinspolitik gemacht. Die hohen Zinsen haben zwei entscheidende Auswirkungen gehabt. Für den kleinen Mann, der wegen der niedrigen Löhne Darlehen aufnimmt, um Waren und Güter zu kaufen, werden die Zinsen so hoch, daß im die Lust am Kaufen vergeht, auf breiter Front geht die Kaufkraft zurück, die Leute die Geld haben sind unsicher geworden und halten ihr Geld für einen Notgroschen zurück. Die Auswirkungen: die Produktion wird gedrosselt, Überstunden abgebaut, es gibt Kurzarbeit und Entlassungen.

Zum Anderen. Die Zinssätze die sich in den kapitalistischen Ländern bei ca. 14% eingependelt hatten ruinieren viele kleine Unternehmen, weil sie sich meistens nicht selbst finanzieren können. Hinzukommt, daß in dieser hektischen Wirtschaft unverhältnismäßig viele Unternehmen auf Verdacht oder im guten Glauben, sie werden die Zinsbelastungen schon schaffen, weitergebaut oder produziert haben. Ich darf einmal ein Beispiel vortragen. Ein bekannter Baulöwe in der BRD hat, wenn er 3 Millionen DM irgendwo verdient hat, damit das nächste Projekt für 80 bis 100 Millionen begonnen. Bei solchen Geschäftspraktiken müssen Unternehmen, wegen der hohen Zinsen, ins Schleudern kommen.

TRIKONT

Schallplatten

Lieder des spanischen Bürgerkriegs I ★★

Lieder gesungen von Ernst Busch, Pete Seeger u.a. Von den Internationalen Brigaden, dem amerikanischen „Lincoln-Bataillon“ u.a. Die Thälmann-Kolonie / Hans Beimler / Das Lied von der Einheitsfront / Lied der Internationalen Brigaden / Die Moorsoldaten / Los cuatro generales / Jarama Valley / Quartermaster Song / Viva la Quince Brigada / El Quinto Regimiento / Si Me Quieres Escribir.
LP 33/30
Best.Nr. L 64 ca. DM 20.-

Raimon Katalonische Protestlieder ★★

Raimon ist einer der bekanntesten modernen Liedermacher in Spanien. Er lebt in Barcelona und singt katalonisch, seine Lieder sind in Spanien verboten.
LP 33/30
Best.Nr. L 66 ca. DM 20.-

Lieder des spanischen Bürgerkriegs II ★★

LP 33/30
Best.Nr. L 65 ca. DM 20.-



Die Folgen: Betriebsstillegungen und Entlassungen. In dieser Krise hat es all die Unternehmen getroffen die nicht krisenfest waren.

Jetzt, nachdem eine Abkühlung der Konjunktur durch Arbeitslosigkeit und Lohnverzicht erreicht worden ist, also eine Abkühlung auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten, soll nach sozialdemokratischer Vorstellung die Wirtschaft wieder nach oben gefahren werden.

Im Zuge von sogenannten Stabilisierungsmaßnahmen bekommen die Unternehmer aus Steuermitteln einen Investitionszuschlag von 7,5%, das heißt, wenn ein Unternehmer eine Neuanschaffung von 1000 DM macht, so verbilligt sich diese Anschaffung um 75 DM. Diese Investitionsprämie wird seit Dezember 1974 gewährt.

Bisher ist nicht zu erkennen, daß die Rechnung, die Helmut Schmidt und sein Finanzminister gemacht haben, aufgehen wird.

Die Industrie zeigt wenig Lust zu investieren. Die SPD sagt, die investieren nicht, weil die Unternehmer den SPDlern Schwierigkeiten machen wollen.

Da wo die Unternehmer von diesen Investitionsprämien gebrauch machen, ist deutlich zu erkennen, daß sie dieses Geld für Rationalisierungsinvestitionen ausgeben. Es werden Maschinen und Anlagen angeschafft, die kostensparend eingesetzt werden können, es werden Maschinen angeschafft die Arbeitskräfte einsparen. Es sind keine Investitionen zur Erweiterung der Produktion und es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.



Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke

Die Bürgerinitiativen in Wyhl (BRD) und Kaiseraugst (Schweiz) waren plötzlich aufbrechende Basisbewegungen von bis dahin "unpolitischen Durchschnittsbürgern", die im Laufe der Aktionen und Auseinandersetzungen gegen die geplante Errichtung von Atomkraftwerken Unterstützung von links – soweit sie einigermaßen korrekt angeboten wurde (die Avantgarden mit ihrem bekannten Führungsstil sind meist abgeblitzt) – nicht nur annahmen, sondern diese sogar mit gewecktem politischem Sinn und Verstand dankten. Bald darauf entbrannte eine "Strategiediskussion" innerhalb der europäischen Linken um den Stellenwert solcher Bürgerinitiativen für Linke und vor allem um die Frage, welche Argumente nun den meist gefühlsmäßig aufbrechenden und größtenteils von Vorurteilen geprägten Unmut einer reinen Umweltschutzideologie in praktischen Verstand sozialistischer Theorie verwandeln könnten.

In Österreich agiert die "Bürgerinitiative gegen Atomgefahren" mit der Losung "Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" und hat bereits 60.000 Unterschriften gegen die östlich von Linz geplante Errichtung eines Atomkraftwerks gesammelt. An einer öffentlichen Diskussion in Linz, der sich neben Kreisky und Staribacher Landespolitiker der ÖVP und SPÖ gestellt haben, hat ein Diskussionsredner, der dazu aufrief, nur solche Parteien zu wählen, die sich eindeutig von der Planung und Erstellung von Atomkraftwerken distanzieren, stürmischen Beifall geerntet. Das ist genau die politische Ebene, auf der ein Kreisky sich heimisch fühlt: zuerst sprach er in einem unbedachten Moment von der Durchführung einer diesbezüglichen Volksbefragung, dann wurde er sich der Gefahren bewußt, die selbst verhunzte Formen direkter Demokratie mit sich bringen und schlug statt dessen – na was?, erraten! – eine Kommission vor, zusammengesetzt aus undsoweiter undsofort. Das geplante Atomkraftwerk wurde bis auf weiteres – auf gut österreichisch bis nach den Wahlen – aufgeschoben.

Der nachfolgend abgedruckte Artikel von Paul Herrmann versteht die Redaktion als ersten Diskussionsbeitrag zu diesem Problem. Weitere hoffen wir folgen lassen zu können.

Nachdem 1945 die dem Uran 235 innewohnende Energie erstmals einer entsetzten Menschheit demonstriert wurde, beschäftigte man sich nach Kriegsende auch mit der Frage der Nutzung dieser Kraftreserve für industrielle Zwecke.

Etwa zehn Jahre später nahmen die ersten Kernkraftwerke ihre Tätigkeit auf. Ihr Beitrag zur Gesamtenergieversorgung blieb gering: 1967 entfielen 0,6% der Stromerzeugung auf Atomkraftwerke, 1972 3,3%. Dieser Anteil soll freilich weiter steigen, und insbesondere seit den Ölpreiserhöhungen des Jahres 1973 gilt die verstärkte Nutzung des Urans als unabdingbar für das Überleben des kapitalistischen Wirtschaftsblocks. Gleichzeitig macht sich bei den Anwohnern geplanter Kernkraftwerke steigender Widerstand bemerkbar, der mit der angeblichen Lebensgefährlichkeit dieser Anlagen begründet wird.

Zu einer kritischen Behandlung der Frage der Reaktorsicherheit fehlen mir die einschlägigen physikalischen Kenntnisse. Ich kann nur konstatieren, daß, je nach Standpunkt, sehr ver-

HEINZ KOLISCH
LIEBIGASSE 9
43 21 21
1010 WIEN



schiedene Unfallwahrscheinlichkeiten angegeben werden, die man nur glauben oder nicht glauben kann. Es ist jedenfalls festzustellen, daß es in Atomkraftwerken bereits interne Unfälle gegeben hat, die nach Möglichkeit vertuscht wurden, aber in immerhin zwanzig Jahren sind noch nie durch einer derartigen Unfall Nichtbeschäftigte zu Schaden gekommen (und das hätte sich kaum vertuschen lassen). Weiters taucht immer wieder die Argumentation auf, daß beim Bau von Kernkraftwerken Kostenersparnis vor Sicherheit gehe – womit wir uns dem entscheidenden Punkt nähern: die Gefahr liegt im Kapitalismus, nicht in der Kernspaltung.

Weiters wird in Frage gestellt, daß eine sichere Lagerung der entstehenden radioaktiven Substanzen möglich sei. Nun, möglich ist sie zweifellos. Man denke an die Salzlagerstätten, die seit zweihundert Millionen Jahren außerhalb des Grundwasserbereiches liegen (weil sie sonst nicht mehr existieren würden) – daß sich in den paar tausend oder hunderttausend Jahren, bis sich der Atommüll in nichtstrahlende Isotope verwandelt hat, solche geologische Umwälzungen vollziehen, daß die Gefahr einer Grundwasserverseuchung besteht, kann der Fachmann sicher ausschließen. Radioaktive Substanzen müssen überhaupt nicht sicherer gelagert werden als chemisch giftige Substanzen, etwa die in der Metalindustrie anfallenden Cyanide, deren unsachgemäße Ablagerung in der Bundesrepublik zu einem gewissen Aufsehen geführt hat – hätte es sich um radioaktives Material gehandelt, so wäre zwar nicht die Gefahr, wohl aber die öffentliche Erregung wesentlich größer gewesen.

Außerdem wird auf die Gefahr hingewiesen, politische oder kriminelle Desperados könnten sich in den Besitz spaltbaren Materials setzen, eine Atombombe konstruieren und zu Erpressungs- oder Terrorakten benutzen. Hier gilt das zuletzt gesagte; nichts wäre einfacher, als die Trinkwasserversorgung einer Großstadt mit Cyaniden zu vergiften; auch die Verwendung von Nervengasen ließe sich vorstellen. Auch hier ist es das magische Wort "Atom", das die Größe der Gefahren ins Bewußtsein der Menschen dringen läßt und die Illusion hervor-

bringt, die Bedrohung liege in den Eigenschaften des Urans, das man nur verbannen müßte, um sicher leben zu können – quecksilberhaltige Fische essend, bleihaltige Milch trinkend, schwefeldioxidhaltige Luft atmend, schlecht konstruierte Autos fahren, von der Arbeitshetze in den Herzinfarkt getrieben und bei besonderem Pech noch in einem Krieg zur Verteidigung kapitalistischer Profite verheizt.

Es ist bekannt, daß Kapitalismus lebensgefährlich ist – sehr viel lebensgefährlicher dürfte er durch den Bau weiterer Kernkraftwerke nicht mehr werden.

Die Anhänger von Atomkraftwerken pflegen als Hauptargument die Notwendigkeit einer sicheren und stärkeren Energieversorgung für die Zukunft zu verwenden. Ihre Gegner operieren mit dem Vorschlag, durch Nutzung von Erdwärme und Sonnenenergie sowie durch sparsamere Verwendung



von Energie Atomkraftwerke überflüssig zu machen. Dazu ist zu sagen, daß bisher keine der "alternativen Energieformen" so weit entwickelt ist, daß ein nennenswerter Teil des Weltenergiebedarfs daher gedeckt werden könnte. Weiters ist auch noch dazu zu sagen, daß vom US-Budgetposten "Forschung zur Erschließung neuer Energiequellen" über 90 % auf die Entwicklung sogenannter "Schneller Brüter" zur besseren Nutzung des Urans entfielen. Der Vorschlag, Energie zu sparen, ist bei vielen Linken unpopulär, weil sie mit Recht darauf verweisen, daß eine Hebung des

Lebensstandards in der Dritten Welt eine Erhöhung des dortigen Energieverbrauchs notwendig macht, und auch vermuten, daß ein geringerer Energieverbrauch in den Industriestaaten auf Kosten der Arbeiter gehen würde. Sicher ist das Absinken des Energieverbrauchs 1974 eine Folge der Rezession, also nicht im Interesse der Arbeiter. Zum Teil herrscht aber in den Industriestaaten, auf die 85 % des Weltenergieverbrauchs entfällt, sinnlose Energieverschwendung. So gehen bei der Gebäudeheizung bis zu 25 % der verbrauchten Energie durch schlechte Isolation verloren. Bekannt wurde diese Tatsache freilich erst, als nach den Preiserhöhungen für Rohöl in den kapitalistischen Staaten die große Angst vor einem Ausverkauf an die OPEC ausbrach und Energiesparen zur ersten Bürgerpflicht erhoben wurde. Vorher hatte es als selbstverständlich gegolten, daß dem Bauherrn auf die Heizkosten der späteren Bewohner keine Wärmeisolation zu schlecht sein brauche – aber das machte man nicht publik. Auch die Ersetzung des überwuchernden Individualverkehrs durch Massenverkehrsmittel brächte eine spürbare Energieersparnis – ich glaube aber nicht, daß diese konkrete Forderung bisher von Kernkraftwerksgegnern erhoben worden ist.

Ich komme nun zu der Tatsache zurück, daß die US-Regierung Forschungen auf dem Gebiet der Kernenergie massiv subventioniert, während die Entwicklung der "alternativen Energiequellen" kaum gefördert wird. Die offizielle Begründung dafür ist, daß nur in der Atomkraft kurzfristig die Möglichkeit eines Erfolges, der Öleinfuhren überflüssig machen würde, bestehe. Die Richtigkeit dieser Behauptung läßt sich viel eher bezweifeln als die Tatsache, daß die chemische und die elektronische, aber auch die Ölindustrie massive Interessen in der Atomindustrie haben. Von der BRD ist mir bekannt, daß alle drei Chemiegiganten (Bayer, BASF und Hoechst) engagiert sind, weiters Siemens etc. Die Bürgerinitiativen stehen also mächtigen Konzernen gegenüber, die zweifellos hohe Beträge in die Entwicklung der Reaktoren und ihres Zubehörs



investiert haben und keinesfalls die Absicht haben, die erwarteten Profite dem Sicherheitsbedürfnis bloßer Menschen zu opfern. Vorläufig versucht man noch mit Kompromissen über die Zeit zu kommen, bis sich die Erregung (wie man hofft) wieder gelegt hat: so möchte etwa Krupp Atomkraftwerke, die einen Teil des erzeugten Stroms in die BRD liefern, in der Sowjetunion bauen, wofür die Bundesregierung der Sowjetunion besonders günstige Finanzierungsbedingungen einräumen soll; das heißt: die deutschen Arbeiter zahlen, die Russen sterben, wenn wirklich was passiert, und Krupp hat verdient.

Mehr als den Bau von Kernkraftwerken um ein paar Jahre zu verzögern, werden unpolitische Bürgerinitiativen angesichts der Macht ihrer Gegner wohl nicht in der Lage sein. Ich erinnere an das Schicksal der Umweltschutzgesetze in den USA, die angesichts der Mobilisation eines großen Teils der Bevölkerung gegen die Interessen der Industrie beschlossen – und inzwischen bis zur Unwirksamkeit durchlöchert wurden. Da die Industrie inzwischen den großen Knüppel der Arbeitslosigkeit herausgeholt hatte, regte sich auch kaum Widerstand dagegen. Ähnliches ist auch in Europa zu erwarten. Wie die Essener Glasarbeiter, die aus Angst um ihre Arbeitsplätze mit der Losung "Eine Industriestadt ist kein Luftkurort" für das Unternehmerrecht auf Verschmutzung ihrer Atemluft demonstrierten, so wird bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auch der Widerstand gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken zusammenbrechen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken bringen eine beträchtliche Zahl unpolitischer Menschen in Konflikt mit kapitalistischen Interessen. Falls es möglich wäre, den Teilnehmern dieser Initiativen die oben geschilderten Gesichtspunkte (die Gefahr liegt im Kapitalismus, nicht im Atom; die Konzerne werden euch zwingen, Atomkraftwerke zuzulassen, weil sie dabei profitieren wollen) zu vermitteln, so könnten sie zu einer Politisierung bisher Nicht-Linker führen; sonst werden sie eine langfristig bedeutungslose Episode bleiben. ★

UNILEVER – ein Konzern stellt sich vor

Mitte Mai überraschten die Arbeitnehmervertreter die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, man werde die Einleitung eines Kartellverfahrens gegen die Österreichische Unilever GmbH beantragen. Grund der Klage: Mißbrauch der monopolartigen Position des Tochterunternehmens Kunerol GmbH auf dem Margarinektor.

Kommt dieses Kartellverfahren tatsächlich zustande, so sind seine Folgen kaum voraussagbar. Erstens wäre es das erste Verfahren dieser Art überhaupt, seit das Kartellgesetz besteht; zweitens könnte man dann sehen, was ein so großes Unternehmen wie Unilever in dieser Situation tun wird; drittens wäre interessant zu beobachten, wie die Standesvertretungen heimischer Unternehmer sich zu Problemen der Multis äußern; und letztlich würde das Verfahren, sollte es zu dieser Identifizierung der Bundeswirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung mit den internationalen Gesellschaften kommen, die zukünftigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite entscheidend beeinflussen.

Bevor hier wirtschaftspolitische Überlegungen dieser Art angestellt werden, soll Unilever etwas genauer dargestellt werden. Denn sehr selten ist bekannt, wie groß weitverzweigt und daher mächtig multinationale Konzerne wirklich sind. Und vor allem in einem Punkt scheint Unilever weniger ein Einzelfall, viel mehr ein typischer Vertreter internationaler und multisektoraler Unternehmen zu sein. Denn nicht in allen Bereichen, in denen die Gesellschaft tätig ist, ist sie gleich erfolgreich. Der Schluß liegt nahe, daß durch hohe Profite in Teilbereichen, auch bei Margarine, weniger erfolgreiche Produktionen "subventioniert" werden sollen.

Die Österreichische Unilever GmbH ist zur Gänze in ausländischem Besitz. Sie hat, bei einem Gesamtkapital von 600 Millionen Schilling, drei Gesellschafterinnen:

- 1) "Saponia", Rotterdam
- 2) "Marga", Rotterdam
- 3) Meina Holding AG, Zürich mit einer Stammeinlage von jeweils
 - 1) 300 Millionen
 - 2) 150 Millionen
 - 3) 150 Millionen

Dem Unternehmen scheint es nicht schlecht zu gehen:

Seit 1970 wurde in schöner Regelmäßigkeit das Kapital jährlich erhöht. 1969 betrug das Stammkapital erst 292 Millionen. Unilever arbeitet in Österreich mit 4000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von etwa 2,5 Milliarden in sechs Branchen.

- 1) Eskimo-Iglo, eine gemeinsame Tochter von Nestle (25%) und Unilever (75%), kontrolliert weit mehr als die Hälfte des gesamtösterreichischen Umsatzes bei Speiseeis und bei Tiefkühllebensmitteln. Es dürfte dies das Hauptgeschäft des Konzerns sein.
- 2) Apollo-Unichema ist das Waschmittelbein der Firma – um ein Standbein handelt es sich aber nicht. Das Unternehmen hat zwar 30% Marktanteil, wird aber scharf konkurrenziert von Henkel-Persil und von Colgate-Palmolive, die ebenfalls bei 30% Marktanteil haben. Unilevereigen sind hier die Produkte Omo und Radion. Hier läßt sich übrigens ein weiterer interessanter Aspekt einer Konzernstrategie aufzeigen: obwohl beide Produkte in der gleichen Preiskategorie liegen, konkurrieren sie einander – allerdings nicht gleichzeitig, sondern intervallmäßig.
- 3) Mit Bensdorp ist Unilever Marktleader bei Kakaopulver. Konkurrenten sind Suchard, Sandoz (Ovomaltine), Nestle.
- 4) Die Nordsee dürfte den Großteil des österreichischen Bedarfs an Meeresfischen decken.

5) Elida-Gips repräsentiert die Geruchsästhetik, sprich: die Parfümerie-seite des Konzerns.

6) Die Kunerol Nahrungsmittel GmbH erzeugt Speiseöl und Margarine und hat Marktanteile von 40 % bzw. 100 %.

Der Umsatz an Margarine betrug 1974 über 600 Millionen Schilling. Margarine und die Eskimo-Iglo-Produkte sind somit die erfolgreichsten Sektoren von Unilever.

Nun dürfte Unilever offensichtlich die Absicht haben, in ähnlicher Weise wie die Zuckerindustrie im Winter ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung seine marktbeherrschende Stellung auszunutzen. Denn obwohl die Rohstoffpreise für Margarine teilweise seit Mitte 1974 kontinuierlich fallen und der Rohstoffanteil an den Gesamtkosten, laut Unilever-Generaldirektor Seefranz, bei 80 % liegt (Presse vom 17./18. Mai), war Unilever bis jetzt nicht bereit, dem Margarinepreis zurückzunehmen.

Einige Zahlen mögen die Rohstoffentwicklung verdeutlichen.

Kopra: Notierung London

	US-Dollar/long ton
Jänner 73	191
Mai 73	307
Jänner 74	800
Februar 74	930
Juni 74	780
September 74	600
Jänner 75	330
März 75	299

1 long ton = 1,16 Tonnen

Sojaöl: Notierung Rotterdam

November 73	130
Jänner 74	167
Mai 74	215
September 74	307
Dezember 74	218
Jänner 75	168
Februar 75	140

Quelle: Neue Zürcher Zeitung

Bei beiden Rohstoffen hat sich der Preis mehr als halbiert. Und es liegt wohl kaum eine sinnvolle Begründung vor, die bei einem so hohen Rohstoffanteil für eine Beibehaltung oder nur geringfügige Senkung des Margarinepreises spricht.

Wenn einerseits bei jedem Steigen der Rohstoffpreise seit Jänner 1973 eine Preiserhöhung beantragt wurde, ist auf der anderen Seite nicht einzu-sehen, wieso Preissenkungen nicht durchgeführt werden, obwohl Kopra seit Februar 1974 und Sojaöl seit September 1974 nicht mehr steigen, sondern immer schneller sinken. Bei einer üblichen Lagerhaltung von höchstens drei Monaten kann es außerdem diese teuren Rohstoffvorräte kaum noch woanders geben als in den Redeflächen der Unileverallgewaltigen.

Als anderen Grund für die hohen Preise führt Unilever, wieder laut Presse vom 17./18. Mai, an:

"Im vergangenen Geschäftsjahr hatten die Schwierigkeiten bei der Überwälzung der emporschnellenden Rohstoffnotierungen auf die Verkaufspreise einen Hauptgrund für die verschlechterte Rentabilität im Unilever-Konzern gebildet. Für 1975 erwarte man sich angesichts der nachgebenden Rohstoffkosten wieder ordentliche Rentabilitäts- und Gewinnverbesserungen."

Diese Behauptung, daß die Rentabilität des Konzerns im Vorjahr sich verschlechtert habe, führt auf ein anderes Problem: auf Grund der internationalen Strukturen sind Kosten- und Gewinnverschiebungen innerhalb der Konzernunternehmen leicht möglich. Rentabilitätsverschlechterungen können scheinbare sein. Auch das ist bei der Beurteilung gegen den Konzern in Rechnung zu stellen.

Was würde nun ein Kartellverfahren, das mit einem Urteil gegen Unilever endet, bedeuten?

Das österreichische Kartellrecht ist eine Mißbrauchsgesetzgebung; das heißt, grundsätzlich ist alles, was nicht durch Gesetz verboten ist, erlaubt. Was nicht erlaubt ist, ist die "Erzwingung unangemessener Verkaufspreise". Sollten die Arbeitnehmervertreter erfolgreich sein, so könnte Unilever zu einem Erlösver-

fall bei gleichzeitiger Preisfestsetzung verurteilt werden. Es ist anzunehmen, daß sich Unilever auf ein solches Risiko nicht einlassen wird und einen Kompromiß vorschlagen wird.

Zu fragen wäre noch, was der Handelsminister die ganze Zeit getan hat. Denn Margarine gehört zu jenen Produkten, die jederzeit über eine Verordnung preisgeregelt werden können.

Der Handelsminister hat nichts getan. Wahrscheinlich hat er die Reaktion des Konzerns gefürchtet: Unilever hat schon einmal, im Vorjahr, wegen verweigerter Preiserhöhung vorübergehend die Produktion eingestellt.

Recht hat er, der Herr Handelsminister, wenn er sich nicht rührt. Denn Unilever könnte wohl nur durch massive Interventionen wie Streik und vom ÖGB initiierte Massendemonstrationen einerseits und durch die Androhung der staatlichen Produktionsübernahme, die nach dem Arbeitsverfassungsgesetz möglich wäre, andererseits daran gehindert werden, den Schritt vom Vorjahr zu wiederholen. Und beide Alternativen liegen wohl dem Herrn Handelsminister nicht.

Aus: Roter Börsenkrach, SS 75 Nr. 6



**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Untall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97-98 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 34 302

internationale nachrichten

Vietnam hat gesiegt

Nach dem Fall Saigons und seiner Umbenennung in Ho-Tschi-Minh-Stadt ist unter das blutigste Kapitel imperialistischer Politik und unter eines der heroischsten nationaler Befreiungskriege der Schlußstrich gesetzt worden. In diesem Dreißigjährigen Krieg des 20. Jahrhunderts hat ein kleines Volk stellvertretend für die gesamte revolutionäre Weltbewegung einen überwältigenden und vollständigen Sieg errungen über die mächtigste und barbarischste Kriegsmaschinerie moderner, kapitalistischer Zeiten.

Erinnern wir uns ohne Nostalgie und ohne Selbstbeweihräucherung: Vor zehn Jahren haben wir die ersten unsicheren Zeichen internationaler Solidarität für den Sieg des vietnamesischen Volkes in Österreich gesetzt. In diesen zehn Jahren ist eine ganze Generation in den kapitalistischen Metropolen durch diesen exemplarischen Konflikt politisiert, für einen neuen Humanismus, für die Idee eines neuen kämpferischen Sozialismus gewonnen worden. Vietnam – das war für uns, was der rote Oktober für die "alten" Kommunisten war, es war der Stein des Anstoßes, der Prüfstein dafür, wer wo steht, auf welcher Seite der Barrikade kämpft. Vietnam stand Pate bei der Geburt der Neuen Linken, des Mai '68 in Paris, Vietnam ließ uns die Zuversicht nicht verlieren bei Schlägen wie den Putsch in Griechenland 1967, den "brüderlichen" Überfall auf die Tschechoslowakei 1968, den Sturz der Allende-Regierung in Chile 1973. Vietnam war der schmale Steg über

dem Abgrund der Differenzen und des Prinzipienstreites zwischen Kommunisten und Kommunisten, Genossen und Genossen. Es könnte das Band sein einer neuen Verständigung der revolutionären und der linken Kräfte auf weltweiter Ebene im Zeichen des gegenseitigen Respekts ihrer Autonomie und ihrer historisch notwendigen Besonderheiten.

Die Lektion, die hier dem US-Imperialismus erteilt wurde, kann in ihren Auswirkungen kaum überschätzt werden. Denn es ist auch eine Lektion für Großmachtdenken überhaupt, für Hegemoniestreben diesseits und jenseits der Blöcke und Lager. (Wenn David gesiegt hat, freuen sich alle Kleinen und fürchten sich alle Großen.)

Vietnam war selbst dort massenhaft bewußtseinsbildend, wo die lokalen Klassenkämpfe stagnierten und alle sozialistische Propaganda nur auf wenig oder gar keinen Erfolg Aussicht hatte.

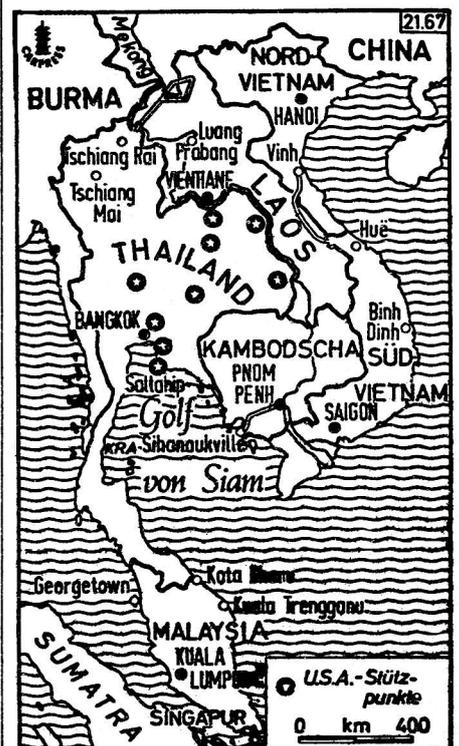
In Österreich müßte als Nachwort zu Vietnam eine ausführliche Geschichte und Dokumentation der offiziellen Vietnam-Berichterstattung geschrieben werden, der ungeprüften Wiedergabe aller Lügen und Verdrehungen, der Beschönigung und Entschuldigung aller amerikanischen Verbrechen, der erbärmlichen Selbstentlarvung und Selbstübertölpelung, indem alte Lügen durch jüngere Teilwahrheiten immer wieder demaskiert wurden. Noch in der letzten Phase war jede noch so primitive Greuelpropaganda recht, um von der Schmach der Niederlage der gesamten auf die USA eingeschworenen kapitalistischen Welt abzulenken und nachhinein noch eine Rechtfertigung für den Bankrott der Politik der USA und ihre Folgen in Indochina zu drechseln:

100 Milliarden Dollar verpulvert, mehr Bomben als im gesamten Zweiten Weltkrieg geworfen, 50.000 eigene Soldaten geopfert, über eine Million vietnamesische Tote, Verwundete, Krüppel und Waisen verschuldet, vom Heer der Huren und der Schieber – einer ganzen korrupten Welt made in USA – erst gar nicht zu reden. Und zum Schluß noch der typische Werbegag einer Wall-Street-Mentalität mit dem Baby-Lift: zuerst die Kinder zu Waisen gemacht und dann noch diese ge-

waltsam an die eigene Brust gedrückt; – welche Ausgeburt imperialistischer Phantasie! Nach alledem hatte diese mieseste Presse der Welt in Österreich den Mut, Greuelthaten zu prophezeien, und als diese nicht eintrafen, einfach zu erfinden. (Während ausländische bürgerliche Blätter noch soviel "journalistische Ethik" aufbringen, daß sie falsche Nachrichten, die sie gebracht haben, dementieren, kennt man freilich soetwas im Dschungelblätterwald Österreichs nicht.)

Es wäre aber auch wert, zurückblickend die Geschichte der Vietnam-Solidaritäts-Bewegung auch in Österreich festzuhalten: die Ostermarschbewegung, das Vietnam-Büro, die große Kambodscha-Demonstration, die "Vietnamisierung" Salzburgs anläßlich der Zwischenlandung Nixons auf seiner Reise nach Moskau waren Abschnitte auf einem Weg, der sich zwar immer wieder verengte und verästelte, der sich aber auch immer wieder zu einer breiten geraden Allee erweiterte, auf der die Linke eindrucksvoll, weil gemeinsam marschierte. Denn Vietnam war eben unteilbar, geographisch und politisch, national und international, wie Freiheit und Wahrheit unteilbar sind – und das wirkte sich auch in der Solidarität aus.

Festgehalten werden sollen hier in aller Kürze noch die Marksteine je-



ner dreißigjährigen Entwicklung, die nun am 1. Mai 1975 zum Triumph der Revolution in Indochina geführt und mit der Umbenennung Saigons in Ho-Tschi-Minh-Stadt ihren gebührenden Abschluß fand: Ho-Tschi-Minh und seine Mitkämpfer gründeten die Viet-Minh und führten sie zu ersten Kämpfen gegen die französische und später gegen die japanische Kolonialmacht. Das Abkommen mit Frankreich 1946 währte zwar nicht lange, aber es befreite doch den Norden des Landes von den Kuomintang-Truppen Tschan Kai Scheks, die ihn in Einvernehmen mit den alliierten Mächten des Zweiten Weltkriegs besetzt hielten. Der militärische Sieg über Frankreich 1954 in Dien Bien Phu wurde zwar (unter der damaligen Mitwirkung der SU und der VRChina) in seinem politischen Gewicht durch die Genfer Vereinbarungen geschmälert, aber der Norden war nun frei und konnte den Weg zum Aufbau des Sozialismus beschreiten. Die Aggression des US-Imperialismus hat zwar den Norden und den Süden des Landes verwüstet, aber neue, un-

erbittliche Siege führten zu weiteren politischen Erfolgen: die Tet-Offensive – entgegen auch manchen "linken" Einschätzungen – zwang die USA, das Ausmaß ihrer Bombardierungen einzuschränken und führte zu den Pariser Vietnam-Verhandlungen. Die Frühjahrs-Offensive 1972 war eine wichtige Vorbedingung für das Zustandekommen des Pariser Abkommens, das der Provisorischen Revolutionsregierung Teile des Südens erstmals offiziell überließ, die Stationierung nordvietnamesischer Truppen zur Kenntnis nahm und die USA zwang, ihre Bomberverbände und ihre Bodentruppen – zum mindesten jene in Uniform – zurückzuziehen. Die Gegenoffensive schließlich 1975 mit der Befreiung von Ban Me Thuot führte zum kopflosen Rückzug der Marionettentruppen, dem wie eine Kettenreaktion der völlige Zusammenbruch der Thieu-Administration und die Kapitulation "Big" Minhs folgte. Am 31. April 1975 ist Saigon gefallen. Die Befreiung des Südens war vollendet. Die Revolution hat gesiegt. ★

Kambodscha: Triumph der indochinesischen Revolution

Der Sieg der Roten Khmer in Kambodscha ist Teil des Sieges der indochinesischen Revolution, zu der auch die Machtübernahme durch den Pathet Lao in Laos gehört und die sich auch auf Thailand und das gesamte Hinterindien auswirken wird, geschieht es deshalb, weil die Befreiung in Kambodscha einige Eigenheiten aufweist, die auch bei Freunden zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten.

Es ist da zunächst die Frage der "Entvölkerung" der Städte, die Evakuierung der Stadtbevölkerung aufs Land. Die kambodschanische Revolution ist eine rein bäuerliche nationalrevolutionäre Erhebung gegen die imperialistischen Marionetten, aber auch gegen deren ureigensten Hintergrund und Boden, gegen die von den Fremden, den Kolonialisten und Imperialisten geformten Städte. Während es in Südvietnam wegen der Länge des revolutionären Befreiungskampfes möglich war, überall im Land eine neben der offiziell bestehenden existierende zweite "Schatten-

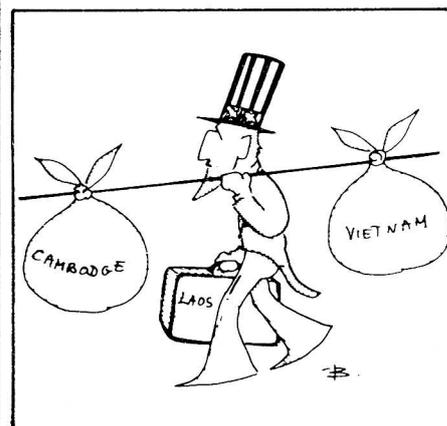
strukturen" auf allen Ebenen der Verwaltung, in Stadt und Land zu schaffen, mit Kadern, die bereitstanden, die leergewordenen Posten und Stellen vor allem in den Städten reibungslos zu besetzen, eroberten die Roten Khmer die Städte vorwiegend von außen. Ihr Mißtrauen gegenüber allem Fremden ist tiefer und weniger durch Erfahrungen differenziert als dies bei den vietnamesischen Befreiungskräften der Fall ist. Ihr Revolutionsmodell ist stärker als jenes in Vietnam von den chinesischen Erfahrungen beeinflusst: in China war seit dem Beginn der Revolution das Auf-Land-Gehen sowohl realer Ausdruck der Identifikation mit den Massen als auch Symbol der Reinigung von allen bourgeoisen Einflüssen und Gewohnheiten. (Arbeit in den Fabriken ist bereits qualitativ abgehobene Arbeit – wirkliche manuelle Arbeit ist Landarbeit.)

Die stark auf die VR China ausgerichtete Politik Khieu Samphans und großer Teile der Roten Khmer (auch Sihanouk hat für den Sitz der Exil-

regierung Peking gewählt) ist freilich auch untermauert worden durch die Politik der Sowjetunion, die bis kurz vor dem absehbaren Ende der Lon-Nol-Clique zu Phnom Penh und nicht zur Exilregierung diplomatische Beziehungen unterhielt. Die wenigen in Phnom Penh verbliebenen russischen und DDR-Diplomaten wurden ebenso des Landes verwiesen und in der als Sammelstelle für die Fremden fungierenden französischen Botschaft abgeliefert wie die aus kapitalistischen Ländern stammenden Journalisten, Ärzte etc. (Ein deutlicheres Zeichen für ein außenpolitisches Desaster kann es wohl kaum geben.)

Der Mayaguez-Zwischenfall schließlich ist vermutlich von der CIA inszeniert und provoziert worden, um den Vorwand zu schaffen für die Abreaktion der niederträchtigsten Rachegeleüste wegen der erlittenen Schmach. (Auch "Demonstration von Stärke" genannt...) Übrigens befürchteten die Roten Khmer allen Ernstes, daß nach der Befreiung Phnom Penhs die USA unter irgendeinem Vorwand, z.B. Mayaguez, die Stadt mit B 52-Bombern in Schutt und Asche legen würden. Dafür gab es Hinweise genug. Eine weitere Erklärung übrigens, warum die Städte evakuiert worden sind. Aber auch die Mayaguez-Affäre endete für die USA mit einer schweren politischen Schlappe. Die "Aktion" kostete annähernd soviele GLs das Leben wie sie die Anzahl der Besatzung der Mayaguez betrug! Und der Abzug der US-Truppen aus Thailand könnte sich ebenfalls zu einem Hinauswurf gestalten.

Z.P. ★



Portugal: Welchen Sozialismus?

Die Situation in Portugal, des ersten westeuropäischen Landes auf dem Weg zu einer sozialistischen Entwicklung, ist m.E. von folgenden Hauptfaktoren geprägt:

I.
Die Wahlen vom 25. April haben eine formelle Klärung der Kräfteverhältnisse gebracht, die aber nur von jenen akzeptiert wird, die dabei gut oder sehr gut abgeschnitten haben. In Wirklichkeit also hat die Bekanntgabe der Wahlergebnisse die vorher nur mühsam übertünchte Rissigkeit innerhalb der Koalitionsregierung, unter den Parteien sowie zwischen diesen und dem MFA (Movimento da Forças Armadas = Bewegung der Streitkräfte) in der gegenwärtigen Konstellation der politischen Kräfte zu einer schier unüberbrückbaren Kluft werden lassen.

Die MFA hat sich schweren Herzens an sein Versprechen gehalten, innerhalb eines Jahres nach dem Sturz des Faschismus in Portugal Wahlen durchführen zu lassen. Wie sehr der MFA diesen Wahlen und den daran beteiligten Parteien mißtraute, beweisen zwei Tatsachen: die eine in aller dramatischen Schärfe, die andere eher als Grotteske am Rande. Den kandidierenden Parteien wurde vor dem Wahltag eine Art Pakt in Form eines Verfassungsentwurfs zur verbindlichen Unterschrift vorgelegt. Mit ihrer Unterschrift sollten sie gleichzeitig ihre Zustimmung dazu geben, daß in den kommenden drei bis fünf Jahren der vom MFA gebildete Revolutionsrat Führer und Garant der politischen Entwicklung im Land sein würde. KPP und Linkssozialisten unterschrieben sofort, die Sozialisten unter Soares und die im Volksmund "Partei der Bosse" genannte PPD (Demokratische Volkspartei), die gegenwärtig einzig relevante Rechtspartei in Portugal unterschrieben mit Vorbehalten, einige linke Gruppen weigerten die Unterschrift, was aber an ihrer gegenwärtigen Verfassung auch nicht viel ändern dürfte. Damit hat der MFA ein wichtiges politisches Pfand in der Hand gegenüber den Parteien. Die Grotteske: die Bedeutung von "formal-demokratischen" Einrichtungen für

ein Volk unterschätzend, das ein halbes Jahrhundert Diktatur zu ertragen hatte, rief ein Sprecher der Offiziere die Wähler dazu auf, mit einem leeren Stimmzettel für den MFA zu

stimmen... Von 6.176.599 Wahlberechtigten gaben 5.665.707 ihre Stimme ab, von denen 7% ungültig waren. Im übrigen sieht das amtliche Stimmresultat so aus:

	%	Mandate
Sozialisten (PSP)	37,87	(116)
Demokratische Volkspartei (PPD)	26,38	(80)
Kommunisten (PCP)	12,53	(30)
Demokrat.-Sozial. Zentrum (CDS)	7,65	(16)
Demokratische Bewegung (MDP)	4,12	(5)
Demokratische Volksunion (UDP)	0,79	(1)

Die zugelassenen Gruppierungen waren das Sozialdemokratische Zentrum (CDS), die Sozialistische Volksfront (FSP), die prokommunistische Portugiesische Demokratische Bewegung (MDP), die Linkssozialistische Bewegung (MES), die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP), die Volksdemokratische Partei (PPD), die Sozialistische Partei (PS), die Kommunistische Wählerfront (FEC), die Internationalistische Kommunistische

Liga (LCI), die Volksdemokratische Union (UDP) und die Partei der Volkseinheit (PUP).

Keine Genehmigung zur Aufstellung von Kandidaten erhielten die verbotene maoistische "Bewegung für die Erneuerung des Proletariats" (MRPP) sowie die Christlich-Demokratische Partei (PCD) und die Arbeiter- und Bauernallianz (AOC).



Das bisherige Geplänkel zwischen Kommunisten und Sozialisten steigerte sich alsbald zu offenen Feindseligkeiten. Der 1. Mai, der auch in Portugal Sache der Gewerkschaften und nicht der politischen Parteien ist, wurde von der KPP dazu benützt, um zu demonstrieren, daß Stimmen allein noch nicht politischen Einfluß bedeuten. Der von der KPP kontrollierte Intersindical hinderte die Repräsentanten der PSP, darunter Soares, daran, ihren Platz auf der Ehrentribüne einzunehmen. Als die propagandistischen Auseinandersetzungen dann auf vollen Touren liefen, beraubte die KPP die Sozialisten "gekonnt" ihres Sprachrohrs, der Tageszeitung "Republica": die Setzer und Druckereiarbeiter – vorwiegend in der KPP organisiert –, weigerten sich eine Ausgabe der Zeitung technisch fertigzustellen und besetzten schließlich die Redaktionsräumlichkeiten. Der MFA stellte sich – wie in fast allen bisherigen Parteiqueren – auf keine der beiden Seiten, sondern einfach dazwischen, damit wieder einmal seine unentbehrliche Schiedsrichterrolle und Ordnungsfunktion inmitten der Parteienanarchie demonstrierend. (Die Verfügung, die "Republica" bis zum Abschluß einer Untersuchung einzustellen und die Sache als Arbeitskonflikt herunterzuspielen zeugt jedoch nicht gerade von einem unabhängigen Richtergeist: der ungewöhnlich hohe Prozentsatz der Stimmen, die für Soares abgegeben wurden, scheint auch auf die Militärs seinen Eindruck nicht verfehlt zu haben.) Eine weitere Eskalation des Parteienhaders könnte dem MFA den ersehnten Anlaß geben, einen seit einiger Zeit vor allem von dem linken Flügel des Revolutionsrates ventilierten Plan nach Auflösung aller Parteien und Bildung einer am MFA orientierten politischen Massenorganisation in die Tat umzusetzen. Denn hinter den erbitterten Parteienkämpfen steckt freilich mehr als eine bloße taktische Rangelei um Macht und Einfluß im revolutionären Prozeß. Es geht dabei in erster Linie um Hauptfaktor Nr.

II.
Das Schicksal der Revolution in Portugal hängt eben nicht nur von der

Frage ab, wer sie anführt und wer sie vor innerer und äußerer Reaktion am wirksamsten schützt. Es geht um nüchterne Probleme wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, um die Art und Weise der Produktion, um ausländische Hilfe und damit Abhängigkeiten. Portugal wurde stets das "Armenhaus" Europas genannt, Hunderttausende Portugiesen arbeiten in der Fremde, ebensoviele waren und sind arbeitslos. Das Land ist Teil des NATO-Bündnisses, die Wirtschaft ist in ihren Strukturen stark vom Auslandskapital geprägt. Nach den Nationalisierungen, Enteignungen und weiteren Eingriffen gegenüber den großen Konzernen, Banken, Versicherungsanstalten und Großgrundbesitz ist das inländische Kapital paralysiert, aber auch das ausländische geschockt. Die Investitionen stagnieren, die Kapitalflucht hält an, Boykott und Sabotage greifen um sich. Daß die kapitalistischen Staaten Portugal wirksame Unterstützung gewähren würden, wenn die Revolution die Basis des Systems, die Produktionsverhältnisse vollständig umwälzt, ist eine Illusion. Eine "Kubanisierung" Portugals (militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der SU) kommt schon wegen der durchaus uneinheitlichen politischen Zusammensetzung des zur Zeit wichtigsten Trägers der Entwicklung in Portugal, des MFA, nicht in Frage. Für den MFA bietet sich eher die Konzeption à la Peru oder Algerien an, wobei die Befürworter dieser Lösung

sich durchaus auch deren Gefahrenseiten bewußt sein dürften, liest man ihre Erklärungen genau, aus denen hervorgeht, daß sie eine progressistische Militärdiktatur entschieden ablehnen und die demokratischen Errungenschaften des antifaschistischen Staatsstreichs durch Ermunterung und Stärkung von Basiskomitees in den Betrieben und auf dem Land absichern wollen. Soares möchte das Land wirtschaftlich an die Europäischen Gemeinschaften heranführen, wobei insbesondere die westdeutsche Sozialdemokratie ein solches Konzept energisch unterstützt. Die Soares-Partei hat die Wahlen mit der Parole "Sozialismus in Freiheit" gewonnen, aber Soares hat nicht genau ausgeführt, was er unter Sozialismus und was er unter Freiheit versteht, wenn er sie schon als mögliche Gegensätze propagiert. Er mag ehrlich besorgt sein wegen der bonapartistischen Tendenzen, die sich im MFA auch von "links" bemerkbar machen, auch wird er wohl mit der Befürchtung recht haben, daß die KPP unter Sozialismus die Herrschaft einer Partei, nämlich ihrer eigenen versteht. Dafür gibt es jetzt schon genügend Beweise. Aber 1945 sprachen auch unsere Sozialisten von Sozialismus in Freiheit; fast zwangsläufig mußte daraus Kapitalismus in "Freiheit" werden. Daß die KPÖ, wäre es damals nach ihr gegangen, einen "Sozialismus" in Unfreiheit, also einen



Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, – (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50, – (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Aftersozialismus errichtet hätte, mag dabei jenen als tröstlich und den jetzigen Zustand rechtfertigend erscheinen, die an der Scheiße nur das eine stört, daß sie nämlich stinkt; ist sie parfümiert oder gar die eigene, machen sie sich's darin breitfüßig bequem... Inzwischen aber hat sich zu den zwei angeführten Faktoren in Portugal ein dritter hinzugesellt, der mit der ganzen Scheiße endgültig aufräumen könnte:

III.

Die Dynamik der revolutionären Entwicklung ging vom antifaschistischen Coup des progressistischen Flügels der durch die Kolonialkriege in Afrika gedemütigten und politisch sensibilisierten Armee aus. Sie wurde zunächst unterstützt vom gemäßigten bis rechten Flügel in der Armee. Der gemäßigte verlor bald seine Positionen, was den rechten Flügel zum verzweifelten konterrevolutionären Putschversuch unter Spinola veranlaßte. Nun teilt sich der progressistische Flügel mit dem revolutionären die Kommandostellen im Revolutionsrat. Die Dynamisierungskampagne für Kultur, sprich politische Aufklärung, rüttelte die Landbevölkerung auf, die in Bewegung geratenen Arbeitermassen und einfachen Soldaten entdecken den eigentlichen Sinn jeder revolutionären Entwicklung, sie werden mündig, sie lernen selbständig zu handeln, selbständig zu denken, sie werden politisch. Da hilft kein' Gewalt, keine konter-

revolutionäre, schon gar nicht die bürokratisch-bornierte oder die diplomatisch-vermittelnde der "Berufspolitiker". Einige der extremen Gruppierungen werden, soweit sie beharrlich an der Realität der Revolution links vorbeimarschieren und vorbeigitieren, am Rande verbleiben oder ganz verschwinden. Andere werden es lernen, sich am Rhythmus und an der Logik des Massenkampfes zu orientieren und damit eine wirkliche und wichtige Funktion erlangen. Eine solche ständig fortschreitende Massenbewegung auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Veränderung wird dann weder zuerst noch zuletzt nach Krediten aus dem Osten oder dem Westen fragen. Sie könnte und müßte es schaffen, ähnlich wie die chinesischen Massen es unter anderen Bedingungen gelernt haben, aus der Not eine echte revolutionäre Tugend zu machen, auch und vor allem auf dem Gebiet der Produktion und Konsumtion. Damit könnte die portugiesische Revolution beiden Schicksalen entrinnen - jenem Chiles und jenem der CSSR. Sie könnte den anderen westeuropäischen Ländern eine Melodie vorspielen, die sie nach gänzlich neuen Takten zum Tanzen bringen könnte, nämlich auch kulturell, was Bedürfnisse und ihre Befriedigung betrifft, produktionstechnisch, was die Herstellung von nur wirklich notwendigen Bedarfs- und Gebrauchsgütern anbelangt.

Ist das Utopie? Ja, das ist, wie jede Revolution, eine konkrete Utopie.

Z.P. ★

ETA:

Baskenland und Freiheit

"Unruhen" am 1. Mai in Spanien und insbesondere im Baskenland vermeldete die bürgerliche Presse. Und mit diesem harmlosen Wort wird ein bürgerkriegsähnlicher Zustand bezeichnet. Seit dem 26. April ist der Ausnahmezustand wieder einmal in Kraft. Das bedeutet unter anderem auch, daß eine Nachrichtensperre besteht und die Außenwelt nur Bruchstücke des wirklichen Geschehens verfolgt. Doch diese Stücke genügen, um die tatsächliche Härte der Auseinandersetzungen zwischen den linken baskischen Nationalisten und der Guardia Civil, einer Sondertruppe der Polizei, einigermaßen abzuschätzen.

Die ETA, die baskische Unabhängigkeitsbewegung, ist natürlich das Angriffsziel Nr. 1 der spanischen Polizei. Ihre "Liberados", von der Organisation freigestellte Berufsrevolutionäre, werden für eine Zeitlang wieder stärker in den Untergrund gehen müssen. Die spanische Regierung hat sich auch bei der französischen beklagt, daß sich auf französischem Territorium eine Reihe baskischer und spanischer Oppositioneller relativ frei bewegen und politische Arbeit leisten dürfen. Unter ihnen befindet sich als bekanntester der Generalsekretär der spanischen KP, Santiago CARILLO.

Es ist nicht unwichtig, die Haltung der demokratischen Kräfte zur ETA und zur Autonomie des Baskenlandes überhaupt zu betrachten. Die bürgerlichen Oppositionellen lehnen eine solche Autonomie grundsätzlich ab: Die zwei Provinzen des Baskenlandes gehören zu den reichsten und entwickeltesten im unterentwickelten Spanien. Daher ist die Haltung der neokapitalistischen Kräfte zu verstehen. Bedenklich hingegen muß es erscheinen, wenn auch die KP eine ähnliche Haltung einnimmt: Geboren ist diese Haltung aus der Allianzpolitik der KP, die in ihrer demokratischen Junta eine Alternative für die

clublinks

Wohn 2, Obergeschoss 1
Eingang Große Mühlentorstraße
Telefon: 24 70 402
Geöffnet ab 19 Uhr
Programmbeginn um 19 Uhr 30

JUNI –
jeden Freitag und Sonntag
geöffnet.

JULI/AUGUST –
jeden Donnerstag und Sonntag
geöffnet.

Nach-Franco-Zeit (die tatsächlich bereits begonnen hat, auch wenn Franco noch lebt) anbietet. Diese Alternative soll auch demokratische bürgerliche Kräfte umfassen. Um diese nicht zu verschrecken, wurde das Nationalitätenproblem stillschwei-

gend umgangen. Die Folge ist allerdings ein gewisses gespanntes Verhältnis zwischen der KP und der ETA, die die baskische Freiheit nicht wieder auf dem Altar des spanischen Vaterlandes opfern will.

R. ★

Neue Repressionen des Schah-Regimes

Zu einer neuen Einschüchterungswelle gegen Oppositionelle im In- und Ausland hat das Schahregime ausgeholt. International versucht es, die persischen Studenten daran zu hindern, an Aufklärungsaktionen über die Verbrechen des Schahregimes teilzunehmen, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Behörden des jeweiligen Landes. Seit der steigenden Bedeutung Persiens durch die "Ölkrise" funktioniert diese immer besser – auch die "unabhängige Journaille", wie Kraus die Presseleute in der Zwischenkriegszeit treffend nannte, spielt in diesem Spiel mit.

Aus der BRD wird bekannt, daß die wichtigsten Tageszeitungen beschlossen haben, über Persien nur mehr das allernotwendigste – und dann nur positiv – zu berichten, und dies nur von den Chefredakteuren. Dies dient der Vorzensur, um das Risiko auszuschalten, daß ein vereinzelt vorhandener fortschrittlicher Journalist doch einmal kritisches verlauten läßt... Die Protestaktionen, die als Antwort der Perser international auf die im folgenden erwähnten Repressionen gesetzt wurden, wurden in der BRD in der Presse ebenso totgeschwiegen wie die Vorfälle selbst.

Es begann mit den üblichen Schereisen mit der Paßverlängerung: In der BRD, in den USA, in Großbritannien, in Italien und in Österreich wurden einigen fortschrittlichen Studenten die Verlängerung der Pässe verweigert. Die Botschaften redeten sich immer wieder auf die Nichtverlängerung durch die jeweilige nationale Behörde aus, was z. B. in Österreich bestimmt nicht den Tatsachen entsprach. Hier wurden (zumindest bis Redaktionsschluß) 12 Persern, davon 11 Aktivisten der FIS (Föderation Iranischer Studenten) – oder was jedenfalls die Botschaft dafür hielt –

und einem zwölfjährigen Kind (!!!) die Verlängerung verweigert. Eine schriftliche Begründung für diese Maßnahme wurde von der Botschaft ebenso verweigert wie die Annahme von zwei Protestbriefen. In Großbritannien wurde deshalb die persische Botschaft besetzt, worauf die britischen Behörden die Botschaft gewaltsam räumten und 41 Genossen verhafteten.

In Persien selbst wurde dieser Tage neun Genossen, die 1969 schon zu Tode verurteilt wurden und auf internationalen Druck hin zu lebenslanger Haft "begnadigt" worden waren, "auf der Flucht erschossen". Dies klingt wie gleichartiges aus dem Dritten Reich und ist auch so zu werten. Die persischen Studenten forderten daraufhin die Entsendung einer internationalen Kommission nach Persien zur Untersuchung der Leichen und veranstalteten zur Unterstützung ihrer Forderungen eine Demonstration sowie auch einen Hungerstreik, der auf vier Tage befristet war und in Wien, Hamburg und London stattfand. Der Hungerstreik konnte nach zwei Tagen abgebrochen werden weil sowohl das Rote Kreuz (erstmalig!) als auch das britische Unterhaus die Entsendung einer solchen Kommission zusagte. Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß diese Kommissionen an die Leichen herangelassen werden, denn welches Regime läßt sich schon gerne einer blutigen Lüge überführen.

Weitere Kampfmaßnahmen sind zu erwarten. Die Repression wird allerdings erst dann verschwinden, wenn dem Schah ähnliches geschieht, wie seinen Amtskollegen in Südvietnam, Kambodscha, Portugal etc. passiert ist.

R. P. ★



Leserbriefe

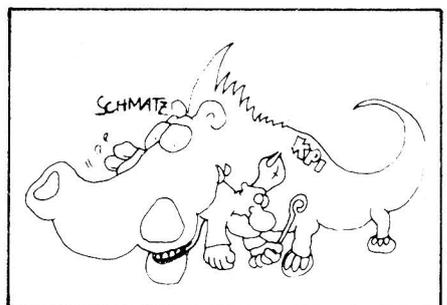
Zum Artikel über den 14. Parteitag der KPI

"offensiv links" Nr. 14/Mai '75 brachte einen Artikel über den 14. Parteitag der KPI, der wirklich ein Musterbeispiel einer "Internationalen Nachricht" darstellt, wie sie nicht sein soll:

1. Fehlt jede inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der KPI. Der Schreiber entzieht sich dem Problem einer Kritik der Strategie der Partei mit der lächerlichen Aussage, sie habe keine.
2. Der Ton, besser der Mißton des Artikels – "versumpft", "internationalistische Liturgie" – ist überheblich gegenüber der größten Partei der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Er entspricht nicht der Art und Weise wie unsere Organisation die Diskussion innerhalb der Linken zu führen wünscht und bisher auch geführt hat.
3. Polemik ohne Inhalt, danebengeratener Ton sind genau jene Fehler die wir vermeiden müssen, wenn wir wollen, daß unsere Zeitung von kritischen Arbeitern und Angestellten mit Interesse gelesen werden kann. "offensiv links" ist kein Organ der Selbstbefriedigung.

12. 5. 1975

Paul Kolm



Ich muß annehmen Gen. AR. ist über Italien sicher besser informiert als die meisten von uns. Er kanzelt die KPI ziemlich herunter "Kein Flügel erfüllt den historischen Kompro-



miß mit Inhalten", mit einem Wort die KPI ist "versumpft" meint er, "Schamlos distanzierte man sich von der portugiesischen KP". Zum Schluß ein Lichtblick "sie konnte sich überwinden, vor allem, auch die Linksorganisationen zum Kongreß einzuladen".

Ich möchte nur auf das Problem der Kritik an der PKP eingehen. Die spanische KP, die nicht vor Regionalwahlen steht, hat ähnliche Kritik an der PKP geübt, sie würde sich in der gleichen Situation in Spanien anders verhalten. Ich messe dem portugiesischen Wahlergebnis nicht die "Bedeutung" zu, aber die ganze Aktivität die Kommunisten im Land entwickeln, kann nicht hinwegtäuschen, daß sie nur eine qualifizierte Minderheit der Arbeitenden hinter sich haben. Die PKP muß dies zur Kenntnis nehmen, ob sie will oder nicht - aber wir auch - oder?

Avantgarden die sich auf das Volk berufen haben wir auch im eigenen Land. Geduld mit "politisch Unreifen" ist nicht unbedingt eine Tugend der Avantgarden.

Die PKP stützt sich auf die MFA, die Positionen in Gewerkschaft, Medien und Verwaltung, dies alles kann zur Selbstüberschätzung führen. Die Haltung zu Portugals Sozialisten entspricht dieser Selbstüberschätzung. Man soll doch nicht die Schuld an der Zuspitzung nach den Zwischenfällen bei der 1.-Mai-Feier nur bei Soares u. Co. suchen. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Portugal kann doch nur in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei erreicht werden - oder?

Anton Sticht

offensiv links

uni news

ÖH-Wahlen: Alles beim Alten

Bei einer unerwartet hohen Wahlbeteiligung (39% gegenüber 34% 1974) bestätigte sich die, bereits über das ganze letzte Jahr, feststellbare Entwicklung. Die Zersplitterung der Rechten war kein Zeichen ihrer Auflösung, sie hat weit eher der Profilierung bestimmter reaktionärer Tendenzen aus der politisch amorphen ÖSU

gedient. So gelang es der monarchistischen JES, Studenten zu mobilisieren, die vorher bei dem Wort "Hochschulpolitik" bestenfalls die Nase gerümpft hätten.

Auch der Austritt von 12 ZA-Mandataren aus der ÖSU und die darauffolgende Gründung der DSU (Demokratische Studentenunion) verbunden mit Finanzskandalen, die schon fast Ausmaße "richtiger Politiker" annahm, hat den Mannen um ÖSU-Boß Schneider nur unerheblichen Schaden zugefügt. Wie das Wahlergebnis in Wien, wo die Praktiken der ÖSU am deutlichsten bemerkbar waren und wo sie immerhin 1300 Stimmen gewann, zeigt, ist es für viele Studenten selbstverständlich, daß "Politiker" eben bestimmte Ausgaben tätigen müssen.

Die DSU, die als einzige der finanzkräftigen Gruppierungen versuchte, einen inhaltlichen Wahlkampf zu führen ("Emanzipation des Menschen", "Antikapitalistische Strukturreformen"), konnte trotzdem 3 Mandate erringen.

Allgemein als großer Wahlsieger wurde der VSSÖ gefeiert. Sein Stimmengewinn von knapp 5% muß jedoch

**Bist Du jung,
gesund und frei
dann komm'
in unsere
Druckerei!**

Wir wollen die Arbeit etwas mehr aufteilen. Dazu brauchen wir neue Mitarbeiter. Wer Interesse hat soll uns anrufen oder schreiben. Bei uns herrscht schöpferisches Chaos, ein Nervenzusammenbruch ist auch möglich. Ansonsten kann man Zeitungsmachen lernen und an einer linken Zeitung mitarbeiten wo es keine Zensur durch Inserenten gibt.

Redaktion "offensiv links",
1090 Wien, Porzellang. 33a/IV/4
Telefon: 34 67 145.



... und weiter geht's ...

relativiert werden, da der CSS in Graz mit 1974 immerhin 2,5%, nicht mehr kandidierte.

Am deutlichsten war die Stagnation bei den linken Gruppen, die sich eher durch Basisaktivitäten als durch Wahlpropaganda bemerkbar machten. MLS, GRM und KSV blieben zahlenmäßig gleich stark. Der von ihnen vielbeschworene "Aufschwung" war wohl Selbstbetrug.

Auch wenn man sämtliche VSStÖ- und DSU-Stimmen als Bereitschaft, sich mit der Linken auseinanderzusetzen wertet, was sehr zweifelhaft ist, läßt sich eines eindeutig feststellen: Die Entwicklung von 1971 bis 1974, die sich auch ins Wahlergebnis niederschlug, ist deutlich gebremst, von einer Linksentwicklung im letz-

ten Jahr kann kaum gesprochen werden.

Erwartungsgemäß war der zahlenmäßige Erfolg der Kandidatur von "offensiv links" gering. Auch das Ziel, mit einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit an den Hochschulen zu beginnen, konnte wegen des noch nie dagewesenen Papierkriegs und der Schwierigkeit, sich innerhalb des total zersplitterten linken Spektrums zu profilieren, nur ansatzweise erreicht werden.

Trotzdem konnten neue Kontakte hergestellt werden und die Absicht, mit einer konkreten Hochschulpolitik zu beginnen, stellt sich nun als unmittelbare Aufgabe. Wenn es gelingt, die Ansätze, die in den letzten Monaten geschaffen wurden, zu vertiefen, dann kann die Kandidatur als positiv bewertet werden.

An den Instituten, an denen bereits vor dem Wahlkampf eine kontinuierliche Tätigkeit begonnen wurde, ist auch das Ergebnis der Kandidaturen zu den Studienrichtungsvertreterwahlen als positiv zu werten. An der Soziologie und Politikwissenschaft konnten sich unsere Kandidaten durchsetzen, an anderen Instituten, wie z. B. Physik/Mathematik konnten beachtliche Stimmenergebnisse erzielt werden.

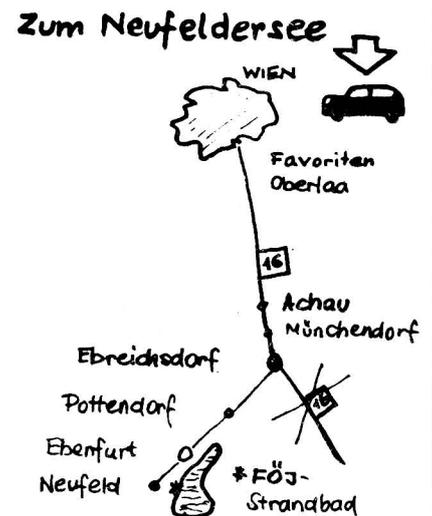
Der Versuch, durch unser Auftreten zu einer gemeinsamen Praxis mit anderen linken Gruppen zu kommen, kann als gescheitert betrachtet werden. Die Diskussionsprozesse, die dadurch in Gang gesetzt wurden, wirkten sich jedoch durchaus positiv auf die Formulierung einer Hochschulstrategie aus. ★

	1971			1974			1975 (14./15.5.)		
	abs.	%	Mandate	abs.	%	Mandate	abs.	%	Mandate
ÖSU	12.034	53,5	19	10.780	41,5	24	11.309	36,2	21
Team (nur 1974)	-	-	-	943	3,7	2	-	-	-
AKTION (1975 nicht mehr)	1.892	7,9	3	698	2,4	1	-	-	-
dafür Forum Innsbruck (ÖSU-RfS-Mischmasch)	-	-	-	-	-	-	1.711	5,4	3
RFS	5.632	25,1	9	5.431	20,9	12	4.710	15,0	9
YES (monarchistisch)	-	-	-	-	-	-	2.193	7,0	4
VSStÖ	2.379	10,6	3	3.446	13,5	7	5.433	17,4	10
CSS (nur 1974 → VSStÖ)	-	-	-	666	2,3	1	-	-	-
MLS } 1971: VDS	589	2,6	0	1.293	4,9	2	1.244	4,0	2
KSV				764	2,9	1	740	2,3	1
GRM				759	2,8	1	746	2,4	1
Fraktion Theologie (ÖSU-nahe)	-	-	-	523	1,6	1	517	1,6	1
DSU	-	-	-	-	-	-	1.827	5,8	3
Kritische Theologen (VSStÖ-nahe)	-	-	-	-	-	-	189	0,6	-
Neue Mitte	-	-	-	-	-	-	427	1,3	-
OFFENSIV LINKS	-	-	-	-	-	-	298	1,0	-

Sommer- akademie 1975

An den Samstagabenden im Juli und August findet auch heuer wieder die Sommerakademie statt. Nach einleitenden Referaten besteht die Möglichkeit der Diskussion und des offenen Meinungsaustausches. Die Referate werden nach Möglichkeit von eigenen Genossen kollektiv erarbeitet und behandeln Schwerpunktthemen zu Konjunktur - Krise - Inflation, sowie Staat - Überbau - politische Tätigkeit im Zeichen der kommenden Nationalratswahlen. Beginn der Abende jeweils 18.30 Uhr.

Das detaillierte Programm wird vor Ende Juni noch gesondert bekanntgegeben werden.



Wie kommt man zum Badeplatz ?

Durch die Ortschaft Ebenfurt und Neufeld bis zur ersten Gasse links nach der Brücke (an der Ecke ein Kaufhaus) dort links einbiegen. Diese Gasse geradeaus, über den Bahnschranken bei der Fabrik vorbei bis zum See, dort entlang fahren bis zum Gasthaus "Seidl" (nach Tafel "Orts-ende Neufeld), rechts davon liegt der Badeplatz.

Sport am Neufeldersee

Ein für uns alle belastendes Kompromiß zwischen Volleyball- und Fußballbegeisterten auf der einen und ruhebedürftigen Erwachsenen sowie Kleinkindern, Rasenpflegern und Anrainern auf der anderen Seite braucht nicht mehr eingehalten zu werden.

DER SPORTPLATZ IN DER AU

ist Wirklichkeit geworden! Die Gutsverwaltung Ebenfurth hat dankenswerterweise die Erlaubnis erteilt, daß wir, in der ihr gehörenden Au, vis-à-vis unserer Badeparzelle einen Volleyballplatz anlegen. Wir haben keine Mühe und Kosten gescheut eine 35 x 20 m große Fläche zu roden und zu planieren. Ab nun können ballbegeisterte Freunde ungestört und ohne die eben geschilderten Kompromisse spielen.

DER BADEPLATZ WIRD ZUR LIEGEWIESE -

mehr Freunde können sich erholen. Eine Bitte an alle, die den Sportplatz in der Au benützen und ihn erhalten wollen. Macht kein Feuer, campieren ist nicht möglich. Betretet die anderen Teile der Au womöglich nicht, um die Jägerschaft nicht zu unseren Feinden zu machen. Die Konsequenzen wären bei Nichteinhaltung, der Verlust dieser einmaligen Sportmöglichkeit.

A. St.

PROGRAMM DER SOMMERAKADEMIE 1975 jeweils am Samstag, Beginn 18.30 Uhr

5. und 12. Juli (zwei Abende): KONJUNKTUR UND KRISE (Rolle der Gewerkschaften im Lohnkampf - Daten und Zahlen zur Konjunkturbewegung in Österreich)
Referent: Paul KOLM

19. Juli: GELD - WÄHRUNG - INFLATION

Referenten: Genossen der Uni-Zeitung Roter Börsenkrach

26. Juli / 2. August (2 Abende): STAAT IN DER KRISE - VERHÄLTNIS VON BASIS UND ÜBERBAU (Funktion und Rolle des Staates - die Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie im Klassenkampf)

Referent: Diese zwei Abende, sowie der Abend am 16.8. werden von einem Arbeitskreis vorbereitet: (verantwortlich: Margulies/Patka/Reiterer)

9. August: REVOLUTIONÄRE STRATEGIEN IN WESTEUROPA
Referent: Leopold SPIRA (Frankreich-Italien-Spanien-Portugal)

16. August: WIE DER WAHLKAMPF RENNT UND WAS DAHINTER STECKT (Die Parteien und ihre Wahlwerbung zu den Nationalratswahlen)
(siehe oben)

23. August: PROBLEME DER NATIONALEN MINDERHEITEN
Referent: Fritz Pietzka (Was bezweckt die "Volkszählung besonderer Art" - Fragen einer Gegenkampagne)
Referent: Gerhard Friedrich

30. August: FEST MIT LAGERFEUER, Songgruppe usw.

Ab Samstag, den 5.7. Abfahrt mit Bus ab 10 Uhr von der Belvederegasse 10
Kostenbeitrag: Erwachsene S 30.-- (Hin- und Rückfahrt)
Kinder (6-14 Jahre) S 15.-- (-"-)

W O C H E N S C H U L E gemeinsam mit den Z.B.S.-(Zentrum Basis dem. Sozialisten)--Innsbruck, Linzer und Grazer Genossen vom 24.6. - 28.6. am Neufelder-See

Zeit: von 17.30 - 19.30, 20.00 - 22.00 Uhr

Themen: Die 24.6. Erfahrungen und Perspektiven der gewerkschaftl. Organisation der berufstätigen Intelligenz
Mi 25.6. Hochschulstrategie
Do 26.6. Probleme der überregionalen Zusammenarbeit
Fr 27.6. Die FÖJ-BFS Geschichte-Strategie-Ziel
Sa 28.6. Verhältnis Studenten-Arbeiter-Angestellte in einer pol. Organisation - Diskussionsunterlagen liegen auf, bzw. werden auf Wunsch zugesandt.

Am Freitag, den 27.6. bleibt der Klub geschlossen - Die geplante Veranstaltung wird im Herbst nachgeholt -
